

↓ EMPFEHLUNGEN

4

- 1 Fortdauernde Unterstützung der Ukraine sicherstellen** Waffenlieferungen und Ausbildungshilfe bleiben notwendig, um die Selbstverteidigung der Ukraine zu ermöglichen und das Völkerrecht wiederherzustellen. Eine Beschwichtigung des Aggressors bietet gegenwärtig keinen gangbaren Weg zu einem nachhaltigen Frieden.
- 2 Verhandlungen in den Blick nehmen, aber nicht um jeden Preis** Verhandlungen müssen bereits jetzt vorbereitet werden. Eine zukünftige, internationale Verhandlungsinitiative muss vom gescheiterten Minsk-Prozess lernen und mit substanziellen Sicherheitsgarantien für die Ukraine verbunden werden.
- 3 Feministische Außenpolitik muss in konkreten Fällen glaubwürdig bleiben** Solidarität mit den Protestierenden im Iran muss sich bei konsequenter Werteorientierung in härteren Sanktionen gegenüber dem Regime in Teheran niederschlagen. Sollte dies nicht erfolgen, müssen die Gründe dafür transparent gemacht werden.
- 4 Wagner-Gruppe sanktionieren** Die Wagner-Gruppe ist nicht nur in Russland aktiv, sondern übt eine destabilisierende Wirkung auf internationale Friedensbemühungen in der Sahel-Region aus. Die Bundesregierung sollte die Wagner-Gruppe als kriminelle Gruppierung einstufen. Bekannte Mitglieder der Wagner-Gruppe gehören auf Sanktions- und Fahndungslisten.
- 5 Zivile Hilfe nicht durch militärische Logik bestimmen lassen** Humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung gehören zusammen. Dies darf aber nicht zu einer sicherheitspolitischen Vereinnahmung im Kontext internationaler Interventionen oder zu einer Kopplung von humanitärer Hilfe an politische Erwägungen führen.
- 6 Fokus auf Rüstungskontrolle aufrechterhalten** Substanzielle Abrüstung ist gegenwärtig unwahrscheinlich. Dennoch müssen Rüstungskontrollanstrengungen aufrechterhalten werden. Aspekte wie Krisenkommunikation und die Sicherheit von Kommando- und Kontrollstrukturen benötigen besondere Aufmerksamkeit, um Konflikteskalation durch Fehlwahrnehmung zu verhindern.
- 7 Verflechtung sichert nicht den Frieden, kann ihn aber unterstützen** Umfassende Entflechtung zwischen westlichen Staaten und China ist friedenspolitisch kontraproduktiv und minimiert die Möglichkeiten politischer Einflussnahme.
- 8 Politischen Protest nicht kriminalisieren** Politische Proteste sind Ausdruck demokratischer Vitalität, solange sie nicht für extremistische Botschaften genutzt werden und gewaltfrei sind. Eine Verschärfung des Strafrechts, präventive Ingewahrsamnahmen und Diffamierungen sind keine angemessene Antwort auf zivilen Ungehorsam.

STELLUNGNAHME / Noch lange kein Frieden /

5

Im zweiten Jahr des russischen Krieges gegen die Ukraine zeichnen sich immer stärker seine globalen Verwerfungen ab: Der Krieg untergräbt die Funktionsfähigkeit internationaler Organisationen und erschwert dringend notwendige Kooperation in Politikfeldern wie dem Klimaschutz oder der Handelspolitik. Innenpolitisch nehmen auch bei uns Polarisierung und Verschwörungserzählungen zu – mit negativen Folgen für die Demokratie. Aber die Unterstützung für die Ukraine zu beenden, Waffenlieferungen einzustellen und den Aggressor Russland zu beschwichtigen, brächte noch lange keinen Frieden.

Krieg hat das vergangene Jahr nicht nur in Europa, sondern in vielen Weltregionen bestimmt. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine ist zwar ein regionaler Krieg auf dem europäischen Kontinent, seine Folgen sind dennoch weltweit zu spüren: im Anstieg der Kerninflation und in Preiserhöhungen für Energie und Lebensmittel, in Fluchtbewegungen und nicht zuletzt in den sich verschärfenden Konflikten im Indopazifik. Gleichzeitig war der Krieg in der Ukraine bei weitem nicht der einzige Gewaltkonflikt im vergangenen Jahr. Doch während in einigen der schon lange andauernden Konflikte jüngst die Gewalt abnimmt oder sogar Friedensbemühungen unternommen werden – etwa im Konflikt in Tigray oder im Jemenkrieg – ist der Krieg gegen die Ukraine durch ein sehr hohes Gewaltniveau geprägt. Russische Streitkräfte haben gezielt zivile Ziele angegriffen und ukrainische Energieinfrastrukturen zerstört. Seit dem Jahreswechsel 2022/2023 wandelt sich der Konflikt immer deutlicher zu einem Abnutzungskrieg.

Immer lauter wurden gleichzeitig die Forderungen nach sofortigen Friedensverhandlungen und einem Stopp der Waffenlieferungen an die Ukraine in Manifesten, offenen Briefen und auf Demonstrationen. Diese Forderungen verkennen, dass ein Einstellen der internationalen militärischen Unterstützung der Ukraine nicht zu einem nachhaltigen Frieden führen würde; und dass Friedensverhandlungen momentan noch nicht auf der politischen Agenda stehen. So bekräftigte die russische Seite im Frühjahr 2023 erneut, dass sie von ihren Kriegszielen nicht abrücken will. Solche Äußerungen im Kontext immer neuer Gräueltaten in der Ukraine lassen auf ukrainischer Seite Friedensverhandlungen

obsolet erscheinen. Schon im Oktober 2022 hatte deswegen die Ukraine per Dekret Verhandlungen mit Wladimir Putin verboten und diese Position wiederholt bestätigt. Starke externe Vermittlung wird zu einem späteren Zeitpunkt dazu beitragen können, dass Russland und die Ukraine in Verhandlungen eintreten. Eine internationale Kontaktgruppe zur Vermittlung zwischen Russland und Ukraine muss langfristig vorbereitet werden.

Internationale Kontaktgruppe zur Vermittlung zwischen Russland und Ukraine vorbereiten

Doch selbst wenn man all dies außer Acht ließe und jenen Aufrufen folgte, die ein sofortiges Ende von Waffenlieferungen fordern, wäre ebenfalls noch lange kein Frieden. Denn ohne die militärische Unterstützung der NATO-Staaten würde die Ukraine militärisch unterliegen. Die Erfahrungen mit der russischen Besatzungspraxis in der Ukraine – von Folter, sexueller Gewalt, Verschleppung bis hin zu Tötungen – lassen Schlimmes erwarten. Es ist anzunehmen, dass Russland seine Säuberungspraxis auf die ganze Ukraine ausdehnen und die Ukraine in die russische Föderation zwangsintegrieren würde. Zudem steht zu befürchten, dass der Expansionsdrang Moskaus damit nicht beendet wäre. Die Sicherheitslage in ganz Europa würde sich verschlechtern.

6

Angesichts dieser Ausgangslage ist noch lange kein Frieden in Sicht. Das entspricht der Prognose empirischer Forschung: Nur 20 % aller zwischenstaatlichen Kriege enden tatsächlich mit einer militärischen Niederlage oder einem Sieg; weitere 30 % haben kein klares Ergebnis, sondern erlahmen nach vielen Kriegsjahren aus Erschöpfung, weil den Konfliktparteien die Ressourcen ausgehen. Sie flammen schnell wieder auf, wenn eine Erholungsphase durchschritten ist. Immerhin knapp die Hälfte aller zwischenstaatlichen Kriege endet mit Verhandlungen. Selbst von diesen fällt allerdings ein Großteil wieder zurück in die Gewalt. Hinzu kommt ein weiteres Faktum: Kriege, die nicht innerhalb des ersten Jahres beendet werden, haben eine hohe Wahrscheinlichkeit, zu langen Kriegen zu werden, die sich im Mittel über zehn Jahre hinziehen.

Übertragen auf den Ukrainekrieg deutet sich damit an, dass ein lange währender Abnutzungskrieg ein plausibles Szenario ist. Heiße und eingefrorene Phasen können einander abwechseln. Das bedeutet für die europäischen NATO-Staaten, dass sie sich auf eine langfristige und kostenintensive Unterstützung der Ukraine einstellen und zugleich verhindern müssen, dass der Krieg auf ihre Territorien übergreift.

Europa und NATO müssen sich auf lange währenden Abnutzungskrieg einstellen

Die Bundesregierung sollte unter diesen schwierigen Bedingungen eine Doppelstrategie verfolgen: die Ukraine militärisch, politisch und ökonomisch unterstützen und zugleich an der Vorbereitung einer internationalen Vermittlungsinitiative mitwirken. Dabei geht es explizit nicht um die Aufforderung zu „Verhandlungen jetzt und sofort“, sondern darum, die politischen und technischen Voraussetzungen für erwartungsgemäß sehr schwierige Statusgespräche zu schaffen. Hierbei muss aus den Fehlern des gescheiterten Minsk-Prozesses gelernt werden, der 2014 startete, auf eine „Pazifizierung“ der Situation abzielte und kurz vor dem Kriegsbeginn am 24. Februar 2022 endete. Der zukünftige Erfolg solcher Verhandlungen wird sich daran entscheiden, ob externe Partner:innen – darunter auch Deutschland – der Ukraine glaubwürdige Sicherheitsgarantien geben können, dass sich ein Angriffskrieg auf ihr Territorium nicht wiederholen kann.

↘ ZUNAHME VON GEWALTKONFLIKTEN JENSEITS DES RUSSISCHEN ANGRIFFSKRIEGS

So sehr der russische Angriffskrieg auf die Ukraine die Nachrichtenlage dominiert, so wenig dürfen andere Konfliktherde vergessen werden. Dazu zählen die Bürgerkriege vor allem im Mittleren Osten, im Sahel und am Horn von Afrika. Das weltweite Konfliktgeschehen hatte bereits vor dem russischen Angriff auf die Ukraine an Gewaltdynamik gewonnen. 2021 erhöhte sich die Gesamtzahl der Todesopfer von Kriegen und Konflikten, etwa in Äthiopien, Somalia oder dem Jemen, um 46 % gegenüber dem Vorjahr. Alte und neue Kriegsschauplätze sowie eine galoppierende Aufrüstung in Ost und West rücken die Aussicht auf Frieden auch 2023 vielerorts in weite Ferne. Die militärische Konfrontation zwischen den zwei mächtigsten Generälen Sudans hat jüngst verdeutlicht, wie schnell ein schwelender Konflikt gewaltsam eskalieren kann.

Kaum ein Gewaltkonflikt findet ohne die Beteiligung nichtstaatlicher bewaffneter Gruppen statt. Selbst im zwischenstaatlichen Krieg zwischen Russland und der Ukraine spielt die sogenannte Wagner-Gruppe, eine Privatarmee des Kreml-nahen russischen Unternehmers Jewegenij Prigoschin, eine wichtige Rolle. In anderen Konflikten ist eine vollständige Entstaatlichung kriegerischer Gewalt festzustellen, wie bei den schweren Kämpfen zwischen Drogenkartellen in Lateinamerika. Gewaltkonflikte zwischen ausschließlich nichtstaatlichen Gruppierungen kosteten zuletzt jedes Jahr durchschnittlich 20.000 Menschen das Leben. Besonders viele nichtstaatliche Gewaltakteur:innen sind in Subsahara-Afrika aktiv. In der Sahelzone gewinnen islamistisch-dschihadistische Gruppen an Boden. Regierungen vor Ort setzen zu ihrer Bekämpfung ihrerseits auf nichtstaatliche Truppen, seien es lokale Milizen oder die genannte Wagner-Gruppe, die etwa von den Regierungen in Mali, Burkina Faso oder der Zentralafrikanischen Republik angeworben wurde. Die Wagner-Gruppe erweist sich allerdings als ein destabilisierender Faktor im Sahel: Sie verfolgt eigene, größtenteils wirtschaftliche Ziele wie die Kontrolle von Minen, entzieht sich der direkten Kontrolle ihrer Auftraggeber:innen und agiert äußerst brutal. Zudem unterminiert die Wagner-Gruppe internationale Friedensmissionen. Die Bundesregierung sollte die Wagner-Gruppe als kriminelle Gruppierung einstufen. Bekannte Mitglieder der Wagner-Gruppe gehören auf Sanktions- und Fahndungslisten.

Nichtstaatliche Akteur:innen spielen eine immer größere Rolle in Gewaltkonflikten

↘ DILEMMATA FEMINISTISCHER AUSSENPOLITIK OFFENLEGEN

Feministische Außenpolitik nimmt völlig zu Recht die Konsequenzen politischen Entscheidens und Handelns für unterschiedliche Gruppen in den Blick – nicht nur für Frauen, sondern auch für andere strukturell marginalisierte Teile der Gesellschaft. Sie zielt darauf ab, gleiche Rechte, gleichberechtigte Teilhabe und den gleichberechtigten Zugang zu Ressourcen für benachteiligte Menschen zu verwirklichen. Das vergangene Jahr zeigte jedoch, dass feministische Außenpolitik auf gesellschaftliche Ausgrenzung und verwehrte Teilhabe von Frauen noch überzeugende Antworten finden muss. So im Fall Iran: Seit dem Tod der jungen Iranerin Mahsa Amini nach ihrer Festnahme durch die Sittenpolizei im September 2022 demonstrierten Frauen, aber auch viele Männer im Iran gegen die

Feministische Außenpolitik muss überzeugende Antworten auf gesellschaftliche Ausgrenzung von Frauen finden

8 frauen- und menschenfeindliche Regierung ihres Landes. Trotz internationaler Solidarisierung mit dieser Protestbewegung blieben starke politische Reaktionen aus. Das Teheraner Regime schlägt immer härter gegen die Protestierenden zurück; schon mehr als 200 Hinrichtungen wurden dokumentiert. Zugleich werden die Revolutionsgarden von der EU nicht als Terrororganisation eingestuft. Diese Zurückhaltung liegt unter anderem in der Sorge vor einer harschen außenpolitischen Reaktion des Irans begründet, die Rückwirkungen auf die Nuklearverhandlungen und die Öltransporte durch den Persischen Golf haben könnte. Im Fall der Taliban-Herrschaft in Afghanistan befindet sich die feministische Außen- und Entwicklungspolitik ebenfalls in einem Dilemma: Schul-, Bildungs- und Arbeitsverbot für Frauen erschweren die humanitäre Hilfe in Afghanistan und wären aus Sicht einer feministischen Außenpolitik Grund genug, dem Land den Rücken zuzukehren. Jedoch würde das Einstellen jeglicher Nothilfe eine humanitäre Katastrophe von regionalem Ausmaß auslösen.

Beide Beispiele verdeutlichen, dass die konsequente Umsetzung einer feministischen Außenpolitik – harte Sanktionen gegen den Iran, die Einstellung der Hilfe für Afghanistan – sicherheitspolitische und humanitäre Folgen hätte, für die die Bundesregierung anscheinend keine Verantwortung tragen will. Eine feministische Außen- und Entwicklungspolitik sollte sich daher in beiden Fällen ausdrücklicher positionieren und gegebenenfalls auch Handlungen folgen lassen. Wenn sie es nicht tut, müssen die Dilemmata offener als bislang thematisiert werden, will sie nicht angesichts einer oftmals ehrgeizigen Menschenrechtsrhetorik an Glaubwürdigkeit verlieren.

↘ **HUMANITÄRE HILFE UND ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT NICHT SICHERHEITSPOLITISCH VEREINNAHMEN**

In den Jahren 2021 und 2022 überschatteten gleich drei Krisen die Weltlage, die im Englischen mit den 3 Cs – Climate, Covid und Conflict – bezeichnet werden: Klimawandel, Covid-19-Pandemie und Konflikt, seit 2022 vor allem der russische Angriffskrieg in der Ukraine. Die langfristig dramatischsten Folgen hat der Klimawandel. Die Zunahme von Extremwetterereignissen und insbesondere Dürren gefährden die Erträge in der Landwirtschaft, was zu Knappheiten und einem Anstieg der Lebensmittelpreise führt. Viele Länder befinden sich aufgrund von Ereignissen wie den Überschwemmungen in Südasien, den Dürren am Horn von Afrika oder den Erdbeben in der Türkei und in Syrien in einem permanenten Krisenmodus. Insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent nehmen Extremereignisse oftmals katastrophale Ausmaße an, da Bewältigungsstrategien und Anpassungsfähigkeiten fehlen.

Klimawandel, Pandemie
und Konflikte bedrohen
Gesellschaften vor allem
im Globalen Süden

Vor allem auf der lokalen Ebene ist eine engere Verknüpfung von humanitärer Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung sinnvoll, um den Folgen von Krieg, Klimawandel und Ernährungsunsicherheit entgegenzutreten. Die drei Ansätze sollten jedoch nicht allein technisch zusammengedacht werden, sondern weit stärker anhand der Bedürfnisse der lokalen Bevölkerungen definiert werden. Die Sorge vieler Nichtregierungsorganisationen besteht zu Recht, dass über die enge Verknüpfung von humanitärer

Hilfe, Entwicklung und Friedensförderung (HDP-Nexus) die humanitäre Hilfe politisch gelenkt und der Friedensbegriff so weit ausgedehnt wird, dass darunter auch sicherheitspolitische und militärische Maßnahmen fallen. Solch eine Vereinnahmung würde den HDP-Nexus unglaubwürdig machen.

↘ STÄRKUNG VON RÜSTUNGSKONTROLLMASSNAHMEN

Auch die Rüstungskontrollpolitik leidet unter dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Nicht nur, dass Russland als vertrauenswürdiger Partner in der Rüstungskontrolle auf absehbare Zeit ausfällt und den letzten verbliebenen bilateralen Vertrag über die Beschränkung nuklearer Offensivwaffen Anfang des Jahres ausgesetzt hat; Moskau versucht auch, multilaterale Rüstungskontrollregime wie das Bio- und Chemiewaffenverbot und den Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NNV) zu unterminieren und Institutionen wie die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OVCA) zu diskreditieren. Allerdings hat Russland damit nur begrenzt Erfolg. Zwar haben die falschen Anschuldigungen Moskaus zu amtlichen Untersuchungen geführt, aber die Vorwürfe sind regelmäßig zurückgewiesen und als das entlarvt worden, was sie sind: Desinformationen, die die Integrität internationaler Organisationen zerstören sollen. Um die langfristigen Auswirkungen von Desinformation zu begrenzen, ist allerdings eine Strategie notwendig, die systematisch Falschmeldungen richtigstellt und ihnen gleichzeitig durch Transparenz vorbeugt.

Russland torpediert Rüstungskontrollregime mit Desinformationskampagnen

Die Rüstungskontrollpolitik wird sich umstellen müssen. Es wird schwieriger werden, Abrüstungsschritte zu vereinbaren oder Rüstungsbegrenzungen durchzusetzen. Das ist aber kein Grund, Rüstungskontrolle hintanzustellen und auf bessere Zeiten zu warten. Vielmehr sollte auf Rüstungskontrollmaßnahmen fokussiert werden, die Stabilität auch in Krisen- und Kriegszeiten durch diplomatische Kommunikationswege aufrechterhalten und die militärische und politische Kontroll- und Kommandostrukturen durch internationale Vereinbarungen sichern. Das Ziel muss sein, die Krisenstabilität zu erhöhen, das Risiko von Fehlwahrnehmungen zu minimieren und militärische Eskalation „aus Versehen“ zu verhindern. Für die Zeit *nach* dem russischen Krieg gegen die Ukraine sollte an klassische Konzepte der Transparenz und Überprüfbarkeit von Truppenbewegungen und an Maßnahmen der Vertrauensbildung angeknüpft werden. Dies eröffnet auch die Möglichkeit, Staaten in multilaterale Gespräche einzubeziehen, die bislang die Rüstungskontrolle weitgehend den Supermächten USA und Russland überlassen haben.

In den existierenden multilateralen Rüstungskontrollforen gilt es, Erzieltes zu bewahren, Fortschritte der letzten Jahre behutsam auszubauen und insbesondere die institutionellen Mechanismen zur Implementation, beispielsweise bei der Kontrolle des Bio- und Chemiewaffenverbots, zu stärken.

↘ **POLITISCHE ENTFLECHTUNGEN NUR WOHLÜBERLEGT VORNEHMEN**

Der russische Krieg in der Ukraine stellt einen lange als selbstverständlich wahrgenommenen Strang institutioneller Friedenspolitik infrage: die wirtschaftliche Verflechtung, insbesondere im Bereich des Handels. Im öffentlichen Diskurs über die Abhängigkeiten Europas und vor allem Deutschlands von Energie aus Russland wird immer häufiger nach einem Abbau von Verflechtung auch gegenüber China gerufen, um nicht in eine ähnlich prekäre Lage zu gelangen wie im Winter 2022 mit Blick auf die Gasversorgung. Diese Sorge ist zwar für einzelne Handelsbereiche auch mit China nicht gänzlich unbegründet, aber die Verflechtung mit China ist insgesamt so komplex, dass es keine eindeutigen Asymmetrien zwischen den beiden Seiten gibt; falls überhaupt, befindet sich China eher in einer schlechteren Situation als Deutschland, wenngleich seine Bevölkerung leistungsfähiger sein mag. Darüber hinaus ist Entflechtung nicht per se eine friedensstützende Politik, wie teilweise behauptet wird. Vielmehr mindert Entflechtung letztlich nur die Kosten eines offenen Konflikts, während Staaten zugleich die politischen Hebel aus der Hand geben, die einen solchen verhindern könnten. Die Entflechtung gegenüber China (und anderen Autokratien) sollte daher nur zurückhaltend und im Kontext systematischer Prüfungen einzelner Handelsfelder sowie in enger Abstimmung mit den EU-Partnern vorgenommen werden. Entflechtung ist kein Ziel an und für sich, sondern sollte sich auf verwundbare Bereiche beziehen, die sicherheitspolitisch sensibel sind und vom Gegenüber als politisches Druckmittel verwendet werden können.

Mit Entflechtung werden politische Einflussmöglichkeiten aus der Hand gegeben

10

↘ **GESELLSCHAFTLICHE POLARISIERUNGEN ENTSCHÄRFEN**

Gesellschaftlicher Frieden und konstruktiver Konfliktaustrag sind auch innerhalb etablierter Demokratien voraussetzungsvoll. Die Folgen aktueller, vielfach miteinander verbundener Krisen wie Inflation, Klimawandel, Covid-19-Pandemie und Russlands Krieg gegen die Ukraine erhöhen das Risiko politischer Polarisierung und gesellschaftlicher Spaltung auch in Deutschland und Europa. Politische Polarisierung kann produktiv sein; in extremer Form kann sie allerdings demokratische Politik unterminieren oder gar politische Gewalt befördern. In Deutschland zerfällt die Gesellschaft bislang nicht in zwei antagonistische politische Lager, doch die Polarisierung hat zugenommen. Vor allem die Klimapolitik birgt ein großes Konfliktpotenzial. Gesetzesübertretungen etwa von Klimaaktivist:innen müssen vom Rechtsstaat geahndet werden; gewaltfreie Proteste sollten aber als vitaler Bestandteil demokratischer Aushandlungsprozesse verstanden werden. Präventive Ingewahrsamnahme und öffentliche Diffamierung stellen keine angemessene Antwort auf zivilen Ungehorsam dar.

Seit Beginn der Covid-19-Pandemie haben Verschwörungsnarrative an Zulauf und Sichtbarkeit gewonnen. Im Jahr 2022 hatten Mobilisierungsversuche von Rechtsextremist:innen und der Querdenken-Szene allerdings nur noch mäßigen Erfolg. Dennoch gilt es, die Resilienz demokratischer Gesellschaften gegenüber antidemokratischen Ideologien oder Desinformationskampagnen zu stärken. Dazu sollten Beratungs- und Bildungsprogramme, wie sie etwa das Demokratiefördergesetz vorsieht, trotz angespannter öffentlicher Haushalte finanziert und ausgebaut werden.

Die Politik sollte Polarisierungen in kontroversen Themenfeldern nicht durch konfrontative Rhetorik oder vereinfachende Gegenüberstellungen weiter verstärken. Parlamente und Öffentlichkeit sollten als Orte demokratischer Auseinandersetzung und konstruktiven Streits gestärkt werden. Neue Beteiligungsformate wie Bürger:innenräte können unter Umständen eine sinnvolle Ergänzung politischer Entscheidungsprozesse sein. Politische Antworten auf aktuelle Krisen müssen soziale Kosten und unterschiedliche Grade der Betroffenheit reflektieren.

Polarisierung nicht durch konfrontative Rhetorik verstärken

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Welt ist aktuell weit vom Frieden entfernt. Der russische Angriffskrieg in der Ukraine überschattet nicht nur die Lage in Europa, sondern droht, Kooperation im Rahmen internationaler Vereinbarungen zu blockieren und eine neue Lagerbildung zu fördern. In vielen Teilen der Welt sind Menschen in ihrem Überleben und in ihren Freiheitsrechten massiv bedroht. Auch Demokratien sind von innen her gefährdet, wenn politische Brandstifter:innen auf ideologische Polarisierung setzen. Eine auf Frieden gerichtete Außen- und Sicherheitspolitik muss sich sowohl an Normen und Werten orientieren als auch an dem, was möglich ist. Die Dilemmata, die dabei entstehen, sollten transparent kommuniziert und debattiert werden, damit Politik langfristig glaubwürdig bleibt.

Autor:innen

Dr. Claudia Baumgart-Ochse

HSFK – Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Prof. Dr. Christopher Daase

HSFK – Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Prof. Dr. Tobias Debiel

INEF – Institut für Entwicklung und Frieden, Universität Duisburg-Essen

Prof. Dr. Nicole Deitelhoff

HSFK – Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Prof. Dr. Conrad Schetter

BICC – Bonn International Centre for Conflict Studies

Prof. Dr. Ursula Schröder

IFSH – Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg